

Ayatollah Khomeini im Iran im Jahr 1979 / picture alliance/dpa | Campion

Iran

Das Scheitern der Islamischen Revolution

1979 markiert eine historische Zäsur – nicht nur für den Iran, sondern für den gesamten Nahen Osten und die Welt. Unter der Führung von Khomeini entwickelte sich die dritte Spielart totalitärer Herrschaft: der Islamismus. Doch jetzt könnte er an sein Ende kommen.

VON WAHIED WAHDAT-HAGH am 28. Februar 2026 13 min

0:00 / 17:12

Die von dem Potsdamer Historiker Frank Bösch auf das Jahr 1979 datierte Zeitenwende neigt sich ihrem Ende zu. Die Ursachen der Islamischen Revolution in jenem Jahr werden häufig auf die tiefgreifenden sozioökonomischen Veränderungen infolge der Kapitalisierung und Mechanisierung der Landwirtschaft zurückgeführt. Diese Prozesse führten zu einer verstärkten Landflucht und zur Entstehung informeller Siedlungen in den urbanen Zentren. Die Modernisierung der Landwirtschaft stand unter anderem im Zusammenhang mit Entwicklungsprogrammen der Ford Foundation, die vergleichbare Maßnahmen auch in Indien und Lateinamerika förderten, wo sie sich in Demokratien entwickelten.

Im Iran jedoch mündeten diese Transformationsprozesse in eine revolutionäre Bewegung, die in die dritte Form der totalitären Herrschaft mündete: die islamistische Diktatur.

Entscheidend war bei dieser Entwicklung nicht allein die wirtschaftliche Umstrukturierung, sondern deren Zusammentreffen mit einer religiös-politischen Mobilisierung. Unter der Führung von Ayatollah Khomeini formierte sich eine islamische Bewegung, die mit Hilfe kommunistischer Terrorbewegungen die staatliche Modernisierungspolitik bekämpfte und ihren Widerstand schließlich in eine islamische Revolution überführte.

Lesen Sie auch



Drohender Krieg im Iran

Machtkämpfe, Chaos, Bürgerkrieg

In den zwei Jahrzehnten vor der Revolution geriet der Iran zunehmend in den geopolitischen Einflussbereich des Kalten Krieges. Die USA befürchteten bereits in den 1950er-Jahren ein mögliches Vordringen der Roten Armee in den Iran. Tatsächlich marschierten sowjetische Truppen im Dezember 1979 in Afghanistan ein.

Mohammad Reza Pahlavi setzte erst spät, am 4.1.1979, den säkularen Politiker und Sozialdemokraten Schapur Bakhtiar als Ministerpräsidenten ein. Dieser erhielt jedoch nur 38 Tage Zeit und damit faktisch keine reale Möglichkeit, politische Reformen einzuleiten und eine Demokratisierung in Gang zu setzen.

Kurz: In der Pahlavi-Zeit gab es keine politischen Freiheiten, was unter anderem im Kontext des Kalten Krieges und des Ost-West-Konflikts zu sehen ist. Gleichzeitig bestanden jedoch individuelle Freiheiten. Frauen konnten Richterinnen werden. Durch die Islamische Revolution wurden alle Freiheiten abgeschafft.

Das Katastrophenjahr

Warum war aber 1979 ein Katastrophenjahr für den Iran und den gesamten Nahen Osten? Die islamische Revolution von 1979 ist tatsächlich mit der russischen Oktoberrevolution zu vergleichen. Der Systemtheoretiker Ervin Laszlo war der Meinung, dass die geschichtliche Entwicklung nicht linear verläuft; dass historische Entwicklungen Verzweigungen haben können, und vertrat eine sogenannte Bifurkationstheorie. Laszlo analysierte die russische Oktoberrevolution als einen radikalen Sprung eines instabilen Systems; diesen historischen Sprung bezeichnete er als eine K-Katastrophen-Bifurkation, eine katastrophale Verzweigung des Gangs der Geschichte. Die islamische Revolution ist damit zu vergleichen.

Lesen Sie auch



C+ **1979**

Die reaktionäre Renaissance des Islam

Heute kann mit Gewissheit festgestellt werden, dass das sichere Ende der dritten Spielart des Totalitarismus, das Ende des Islamismus, nach dem Ende des Nationalsozialismus und des Kommunismus begonnen hat. Folgenreich ist die Tatsache, dass die Islamische Revolution in ihrer destruktiven Wirkung vollkommen falsch eingeschätzt wurde.

Der Schah wird fallengelassen

Zweifellos gab es einen historischen Wendepunkt in der Reaktion des Westens auf den Iran: Der historische Einschnitt erfolgte auf der Konferenz von Guadeloupe (7.1.1979), als der französische Präsident Valéry Giscard d'Estaing, US-Präsident Jimmy Carter, der britische Premierminister James Callaghan und Bundeskanzler Helmut Schmidt beschlossen, den Schah nicht länger zu unterstützen. Der Schah verließ den Iran am 16.1.1979, und Khomeini kam am 1.2.1979 in den Iran. Eine Zeitenwende, die sich innerhalb von drei Wochen vollzog.

Anders als im Umgang mit der sozialistischen Diktatur der Sowjetunion wurde der Islamismus nicht als Feind betrachtet. Europa versuchte, seine Wirtschaftsinteressen gegenüber dem Iran zu wahren – im Unterschied zum „großen Teufel" USA und zum „kleinen Teufel" Israel; dies sind die Termini von Ayatollah Khomeini.

Lesen Sie auch



C+ **Iran nach den Massendemonstrationen**

Europas Stunde der Wahrheit

Während der deutsche Außenminister nach Teheran reiste, verübte die Hisbollah mehrere Anschläge, die von späteren iranischen Reformislamisten organisiert und finanziert wurden. Dazu zählen der Anschlag auf die US-Botschaft in Beirut am 18. April 1983 sowie weitere Attentate am 23. Oktober 1983 und am 20. September 1984. Der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher reiste im Juli 1984 nach Teheran. Dies wurde von iranischer Seite als Anerkennung beziehungsweise Aufwertung ihrer antiamerikanischen Politik interpretiert.

Die dahinterstehende Strategie, auf Befehl der neuen iranischen Machthaber, bestand darin, den Westen durch gezielte Terrorakte aus dem Nahen Osten herauszubomben. Ein Ziel, das Jahre später auch Mohammad Khatami im Namen eines „Broader Islamic Middle East" unter iranischer Hegemonie sowie die Machthaber bis heute konsequent vertreten. Im Land folgten in den 1980er-Jahren Massenhinrichtungen sowie Auftragsmorde an politischen Oppositionellen im Ausland. Es sei auch an das Mykonos-Attentat in Berlin am 17. September 1992 erinnert.

Machtpolitische und kalkulierte Desinfomationspolitik

Ayatollah Khomeini und die islamistischen Politiker täuschten und belogen sowohl die iranische Bevölkerung als auch die internationale Öffentlichkeit bewusst. Khomeini hielt sich noch im Exil in einem Dorf (Neauphle-le-Château) bei Paris auf und vermittelte gegenüber den Iranern wie auch der internationalen Öffentlichkeit ein irreführendes Bild seiner politischen Absichten. Auf die Frage, ob er Gleichberechtigung für Frauen, Meinungsfreiheit und allgemeine Freiheitsrechte im Iran gewährleisten werde, antwortete er jeweils zustimmend und berief sich dabei auf den „wahren Islam".

Lesen Sie auch



Khomeini wurde in Frankreich zum Medienstar

Die alte Liebe der Linken zum politischen Islam

Und die westlichen Wahrnehmungen? Der französische Philosoph Michel Foucault, dessen Wortmeldung als damals international anerkannter Intellektueller erhebliches Gewicht hatte, charakterisierte Ayatollah Khomeini als eine asketische, charismatische und moralische Autorität. Die weitere geschichtliche Entwicklung zeigte jedoch, dass er zu den unmoralischsten Politikern des 20. Jahrhunderts zählte. Tatsächlich hat der Iran seit 1979 den tiefsten Punkt seiner mehrtausendjährigen Geschichte erreicht und erlebt einen Niedergang.

Die iranischen Intellektuellen und ihr Einfluss in Europa

Nach der Islamischen Revolution von 1979 wusste kaum jemand genau, welche politischen Vorstellungen Khomeini tatsächlich vertrat. Viele iranische linke Intellektuelle waren damals mit der Lektüre Lenins vertrauter, als dass sie sich intensiv mit Khomeinis eigenen Schriften auseinandergesetzt hätten. Dabei hatte er bereits rund zehn Jahre zuvor die Errichtung eines islamischen Staates gefordert: Velayat-e Faqih, die absolute Herrschaft eines Klerikers.

Mit dieser Konzeption veränderte er die schiitische Lehre in radikaler Weise. Nach traditionellem schiitischem Verständnis sollen die Gläubigen bis zur Wiederkehr des verborgenen Imams, des Messias, abwarten. Khomeini hingegen postulierte, dass der Klerus bis zum Erscheinen des Messias die politische Herrschaft ausüben müsse. Darin zeigt sich ein grundlegender Eingriff in die religiöse Doktrin, eine Neuinterpretation, die die bestehenden religiösen Spielregeln faktisch umkehrte. Aber die von der Sowjetunion, China und Albanien gesteuerte und undemokratische iranische Linke erkannte den antiamerikanischen und antiisraelischen Willen Khomeinis und unterstützte diesen im Namen der islamischen Revolution. Bis die Islamisten auch sie ausschalteten, die noch säkular blieben.

Lesen Sie auch

Iran im Umbruch

Reza Pahlavi wird zur Stimme der Massen

An dieser Stelle muss ich Herrn Professor Henner Fürtig nennen, der bereits zu DDR-Zeiten als Iranexperte galt und in einem noch in der DDR erschienenen Buch Ruhollah Khomeinis islamische Revolution als antiimperialistisch einstufte und befürwortete, ganz im Sinne der sowjetischen Doktrin. Nach der Wende wurde er Professor in der Bundesrepublik und predigte, der Islamismus sei die iranische Volksseele. Eine fatale und schwerwiegende Fehleinschätzung.

Für den ehemaligen Leiter der Stiftung Wissenschaft und Politik, Volker Perthes, ist das „iranische Regime der Bevölkerung zu einem gewissen Grade verantwortlich“. Er schrieb sogar: „Die Realisten versuchen zudem zu zeigen, dass Iran ein vernünftiger Akteur ist, der das Völkerrecht akzeptiert.“ Welch Verkennung der Lage! Denn die iranischen Islamisten verfolgten stets ihre totalitären Ziele

zweckrational innerhalb einer irrationalen Staatsdoktrin. Und wenn diese Staatsdoktrin, wie wir es heute in militärischer und politischer Perspektive sehen, konfrontativ wird, wird die islamistische Staatspolitik irrational, mörderisch und selbstmörderisch.

Frauendiskriminierung und religiöse Verfolgung

Khomeini hatte im Pariser Exil Gleichberechtigung zugesichert. Bereits kurz nach der Revolution setzte jedoch eine systematische Diskriminierung von Frauen ein; spätestens 1983 wurde die Zwangsverschleierung gesetzlich festgeschrieben, und Frauen ohne Kopftuch drohten Auspeitschungsstrafen. Ich habe dieses System daher als eine Form geschlechtsspezifischer Apartheid bezeichnet.

Khomeini hatte Religionsfreiheit zugesichert. Zwar wurden die sogenannten Buchreligionen formal anerkannt, doch war diese Anerkennung erheblich eingeschränkt: Kein iranischer Jude durfte mit Israel sympathisieren oder gar Kontakt unterhalten. Der Iran verfolgt bis heute eine Politik des antiisraelischen eliminatorischen Antisemitismus, und auch der Übertritt zum Christentum wurde als Apostasie, als Abfall vom Islam, verboten und verfolgt, mit Todesstrafe bedroht.

Lesen Sie auch

Iranische Stimmen

„Selbst in Krankenhäusern werden junge Menschen massakriert“

Die Bahai werden seit der islamischen Revolution systematisch verfolgt. Die Anhänger dieser im 19. Jahrhundert entstandenen Religion glauben, dass nach dem Islam ein weiterer Offenbarer Gottes erschienen ist; zudem kennen sie keinen Klerus. Dies diente dem islamischen Regime als Vorwand für eine systematische Verfolgung. Bereits zu Beginn der Revolution wurden mehr als 220 Bahai hingerichtet. Bis heute werden sie enteignet, ihre Friedhöfe zerstört und ihre Gemeinden wirtschaftlich ausgeblutet.

Im Zuge der jüngsten nationalen Protestbewegung, die innerhalb weniger Tage gewaltsam niedergeschlagen wurde und bei der zwischen 36.000 und 50.000 unbewaffnete Menschen auf offener Straße erschossen wurden, werden die Bahai erneut als Sündenböcke instrumentalisiert und verstärkt verfolgt. Da sich ihr Weltzentrum in Haifa befindet, gelten sie dem Regime als vermeintliche Spione Israels, was selbstverständlich falsch ist.

Der Iran-Irak-Krieg und der Export der Revolution

Aufbau und Finanzierung von terroristischen Organisationen bildeten eine Strategie zur Vernichtung Israels und zur Ausschaltung der Andersdenkenden im Inneren: Den iranisch-irakischen Krieg (September 1980 bis August 1988) hätte Ruhollah Khomeini bereits 1982 beenden können, doch hielt er ihn unter dem ideologischen Leitmotiv der „Befreiung Jerusalems“ aufrecht, der Vorstellung, Jerusalem werde über Karbala im Irak, rund 100 Kilometer südwestlich von Bagdad, befreit. Hinzu kamen der Aufbau der Hisbollah durch den Iran sowie die propagierte vermeintliche Unterstützung der Palästinenser, dabei wurden Terroristen unterstützt und den Palästinensern nicht wirklich geholfen.

Sogar die Gebetsrichtung war ein Instrument der Machtpolitik. Für Khomeini war Jerusalem die erste Qibla, also die ursprüngliche islamische Gebetsrichtung. Dabei hatte bereits der Prophet des Islam festgelegt, dass Muslime nicht mehr nach Jerusalem, sondern nach Mekka beten sollen. Hinter der Ideologie der „Befreiung Jerusalems“ lag in Wirklichkeit eine Konkurrenz zu Saudi-Arabien: Khomeini wollte durch die Eroberung Jerusalems seine Führungsrolle in der islamischen Welt festigen und ein neues islamisches Zentrum unter iranischer Leitung etablieren, mithilfe von Terrororganisationen der „Achse des Widerstands“, ein Vorhaben, das ohne eine konfrontative Haltung gegenüber Israel nicht denkbar war.

Die Financial Action Task Force (FATF), ein internationales Gremium zur Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und der Finanzierung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (AML/CFT/CPF), führt den Iran über Jahre hinweg bis heute auf ihrer Schwarzen Terrorismusfinanzierungsliste, unter anderem wegen unzureichender Maßnahmen gegen die Terrorismusfinanzierung. Inzwischen hat Israel zahlreiche militärische Außenposten des Iran weitgehend zerschlagen; die Illusion der Zerstörung Israels, der Befreiung der islamischen Welt und dann der ganzen Welt, ist aber immer noch die die irrationale Staatsdoktrin und in der iranischen Verfassung festgelegt.

Die Islamische Republik war nie eine Republik!

Eine der größten politischen Lügen ist die Bezeichnung der islamischen Diktatur als Republik. Die Islamische Republik ist keine Republik, sondern eine der radikalsten Formen eines islamischen Staates. Das Staatskonzept Khomeinis entsprach faktisch von Anfang an eher einem Sultanat oder Kalifat, in moderner Form.

Lesen Sie auch

C+ **Islamische Republik im Chaos**

Der Iran erhebt sich – und westliche Medien schauen weg

Nach der islamischen Revolution, die mitnichten mit der französischen zu vergleichen ist, verfügten die Islamisten zunächst nicht über ausreichend juristisch ausgebildetes Personal, um eigenständig eine neue Verfassung zu entwerfen. Khomeini beauftragte daher zunächst säkulare Juristen mit der Ausarbeitung einer republikanischen Verfassung. In einem zweiten Schritt wurde dieser Entwurf jedoch durch den Revolutionsrat grundlegend islamisiert. So entwickelte sich etwa aus der Konzeption eines Bundesverfassungsgerichts das totalitäre Organ des Wächterrats, das Gesetze und Kandidaten nach eigener Auslegung prüft. Meinungsfreiheit ist kein Kriterium für dieses totalitäre Organ. Die Reformierbarkeit der Diktatur ist eine folgenschwere Illusion und Fiktion.

Die Illusion der Demokratisierung und Reformierbarkeit

Der nächste Mythos ist der sogenannte Dualismus des politischen Systems. Tatsächlich werden das islamistische Madschles, die Versammlung des Islamischen Rates, also das vermeintliche Parlament, sowie der Präsident direkt gewählt.

Die pro-islamistischen Experten vertraten die Auffassung, dass durch diese Wahlen eine Chance auf Demokratisierung bestehe. Sie wollten und wollen jedoch nicht anerkennen, dass die totalitären Organe, der Wächterrat und der Führer selbst sowie das terroristische System der Revolutionsgarden, ausschließlich der Stabilisierung eines totalitären Systems dienen. Ebenso wenig wollten sie einräumen, dass das islamistische Parlament faktisch eher einer islamistischen Parteiversammlung gleicht. Denn in dieses Parlament werden keine unabhängigen Volksvertreter gewählt, sondern ausschließlich vom System zugelassene Vertreter im Sinne des Führers. Säkulare Kräfte aller politischen Richtungen, nationalreligiöse Gruppen und inzwischen sogar Reformislamisten, die tatsächlich nichts reformiert haben, werden teilweise ausgeschlossen, wenn ihre Kritik zu weit geht, teilweise sogar inhaftiert.

Mythen über Mythen

Die Formel „Wandel durch Handel“ geht primär auf den Sozialdemokraten Egon Bahr zurück. Ihr historischer Kontext lag in der Ostpolitik und der Idee des „Wandels durch Annäherung“. Die wirtschaftliche Verflechtung sollte damals im Verhältnis zur Sowjetunion eine politische Öffnung und einen Systemwandel begünstigen. Der Kerngedanke war, dass durch ökonomische Interdependenz, Vertrauensbildung und gesellschaftliche Öffnung langfristig politischer Wandel herbeigeführt werden könne. Im Falle des Iran war es nur eine Apeasementpolitik.

Die islamistische Ideologie, also die Verbindung von Politik und religiösem Glauben in ihrer Ausprägung als religiöser Fanatismus, verachtet die westlichen Ideen.

So wie die Nationalsozialisten von einem rassistischen Vorurteil und die Kommunisten von einem Klassenvorurteil geprägt waren, vertreten Islamisten ein religiös begründetes totalitäres Absolutheitsverständnis: die Überzeugung, dass der Islam die letzte, beste und einzig legitime Religion und damit der allein richtige Weg sei.

Diesen ideologischen Kern wollten antiamerikanische und antiisraelische westliche Experten nicht wahrhaben. Selbst Ernst Nolte, der ein Buch über die „dritte radikale Widerstandsbewegung“, den Islamismus, schrieb, thematisierte vor allem Terrorbewegungen und nicht die Islamische Republik. Der Markt und der Handel erschienen ihm wichtiger, obwohl er wissen musste, dass totalitäre Herrschaft ein Herrschaftssystem und nicht lediglich eine Bewegung ist.

Lesen Sie auch

Absturz einer Regionalmacht
Irans Theokratie vor dem Ende

Es sei daran erinnert, dass nicht nur die sogenannten Hardliner, sondern auch der Reformislamist Mohammad Khatami, der eine islamische Zivilgesellschaft schaffen wollte, dessen Modell die Herrschaft von Mohammad in Medina vor 1400 Jahren war, vor wenigen Wochen die Erschießung von mindestens 36.000 bis 50.000 Menschen auf offener Straße und die Verhaftung von Zehntausenden und die andauernden Hinrichtungen verteidigte. Das Internet wurde landesweit abgeschaltet, und Tausende unbewaffnete Menschen wurden erschossen.

Es ist zwar zutreffend, dass einzelne Kritiker aus dem Lager der Reformislamisten in den letzten Wochen Haftstrafen erhalten haben; insgesamt jedoch verfolgten und verfolgen die Reformislamisten lediglich eine raffiniertere Strategie zur Stabilisierung und Erhaltung der totalitären Diktatur.

Die Islamische Republik versucht, sich mit einer „Go East“-Politik zu retten, hat jedoch ihren eigenen Niedergang beschleunigt, indem sie eine militärische Kooperation mit Russland einging und iranische Drohnen im Krieg gegen die Ukraine eingesetzt wurden. Auch Europa hat erkannt, dass der iranische Islamismus nicht nur ein Feind Israels, des „kleinen Teufels“, und Amerikas, des „großen Teufels“, ist, sondern auch ein Feind Europas und der westlichen Werte und dass die iranischen Raketen und Terroristen durchaus eine Gefahr für Europa sind. Mitverantwortlich für den Krieg, den die USA und Israel jetzt gegen das islamistische Regime führen, sind nicht nur die Machthaber der totalitären Diktatur, sondern auch ihre heimlichen Unterstützer!

Mehr lesen über

Iran | Islamische Revolution | Khomeini | Totalitarismus | Antisemitismus | Islamismus

Diskutieren Sie mit ▾

INNENPOLITIK

Von Sozialarbeitern und Politologen

AfD gewinnt in Eilverfahren um Einstufung als rechtsextrem

Entristen

AUSSENPOLITIK

Angriffe und Gegenangriffe in Nahost

USA und Israel greifen Iran an

Machtkämpfe, Chaos, Bürgerkrieg

WIRTSCHAFT

Die Währungen des Jeffrey Epstein

„Genossen, ihr müsst tiefer graben!“

„Es ist sicher, dass unser Geldsystem irgendwann zusammenbricht“

KULTUR

Berlinale in Gefahr – aber anders, als man denkt

„Die Essenz eines gelungenen Lebens sind Liebe und Freundschaft“

Über die helle und die dunkle Seite des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

PODCASTS

Cicero Podast Politik: „Frau Merkel hat Putin den Weg bereitet“

Cicero Podast Politik: „Quereinsteiger haben in der Politik nahezu keine Chance“

Cicero Podast Politik: „Die AfD ist inhaltlich schwachbrüstig aufgestellt“

CICERO +

540 Mann – und kein gutes Image

Das Scheitern der Islamischen Revolution

Klassenkampffolklore der Wohlstandsbürger